

Mag. Regina Knitel

BRG

Innsbruck

Adolf-Pichler-Platz 1

6020 Innsbruck

Stellungnahme zum Entwurf eines neuen LehrerInnendienstrechts in offener Frist.

„Die Berufsgruppe der LehrerInnen ist essentiell für die Entwicklung junger Menschen. [...] in den Verhandlungen [wurde] alles daran gesetzt, ein modernes Berufsumfeld und ein attraktives Dienstrecht für unsere Lehrkräfte zu schaffen. Beim Dienstrecht geht es mir nicht nur um gute Arbeitsbedingungen für LehrerInnen, sondern vor allem um den bestmöglichen Unterricht für unsere Kinder. Bildung ist ein Schlüssel zu einem selbstbestimmten und freien Leben. [...] Mein Ziel ist ein respektvoller Umgang und die Schaffung eines positiven, motivations- und leistungsfördernden Umfeldes in dem motivierte LehrerInnen ein zentraler Bestandteil für die Herausbildung künftiger Generationen sind.“

Werner Faymann, http://meinparlament.kurier.at/show_ticket_list.php?tag=AHS [20.9.2013]

Das neue LehrerInnendienstrecht ist wieder einmal ein Beispiel dafür, wie weit schön klingende Theorie und die Praxis oft voneinander entfernt liegen. Denn sieht man sich den vorliegenden Entwurf genauer an, wird man mit folgender Realität konfrontiert:

1. Ein drastisches Sparpaket wird verwirklicht, statt notwendige Investitionen zu setzen, um dort Verbesserungen vorzunehmen, wo sie im Sinne der Jugend sinnvoll und notwendig wären.
2. Den JunglehrerInnen wird durch die Einführung einer sogenannten Induktionsphase ein nicht bewältigbarer Arbeitsaufwand beschert.
3. Massive Qualitätsverluste durch Verkürzung der LehrerInnenausbildung und den Verzicht auf den Einsatz gut ausgebildeter FachlehrerInnen werden in Kauf genommen.
4. Ein leistungsfeindliches All-Inclusive-Modell ist vorgesehen, das eine unzulässige Erhöhung der Wochenarbeitszeit bei geringerer Entlohnung vorsieht, unterschiedliche Herausforderungen durch den Unterricht in verschiedenen Schultypen, durch steigende administrative Aufgaben und soziales Engagement nicht berücksichtigt und die persönliche Betreuung der SchülerInnen weiter erschwert.
5. Gute Arbeitsbedingungen sind nach wie vor nicht in Sicht – bauliche Veränderungen an den Schulen bleiben Stückwerk und sind nach wie vor nicht geeignet das selbst finanzierte Büro zu Hause zu ersetzen.
6. Statt den Lehrpersonen das längst notwendige qualifizierte Supportpersonal zur Seite zu stellen, wird die Situation im Gegenteil durch unzureichende finanzielle Dotierung der Schulen verschärft und dringend notwendiges Verwaltungs- und Reinigungspersonal eingespart.

Ich möchte mich vollinhaltlich den Wünschen unseres Bundeskanzlers anschließen. Für die Ausführung kann ich leider nur ein Nicht Genügend vergeben.

Ich lehne den vorliegenden Gesetzesentwurf daher entschieden ab und fordere eine Rückkehr zum sozialpartnerschaftlichen Miteinander. Ich wünsche mir insgesamt einen sorgsameren Umgang mit unserer Zukunft, und eine Politik die diese nicht Wahlstrategien und Ideologiediskussionen opfert.

Ich bin ausdrücklich mit einer Veröffentlichung auf der Homepage des Nationalrates einverstanden!

Mit freundlichen Grüßen

Regina Knitel